

Postulat Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Steuersenkung auch in der Stadt Bern

Aufgrund der guten Wirtschaftslage der letzten Jahre werden in zahlreichen Gemeinden der Schweiz, so auch in den SP-regierten Städten Zürich und Basel die Einkommenssteuern um mehrere Prozente gesenkt. Auch der Kanton Bern und diverse bernische Gemeinden schliessen sich diesem Trend an. In der Stadt Bern waren Steuersenkungen bisher ein Tabu. Das soll sich ändern.

Am 11. November 2007 hat das Stadtberner Stimmvolk dem Produktegruppen-Budget 2008 zugestimmt. Der Gemeinderat hat den Voranschlag als ausgeglichen zur Annahme empfohlen. Gleichzeitig prognostiziert er für das Jahr 2008 Steuererhöhungen von Fr. 25.3 Mio. und erwartet Mehrerträge aus der teilweise massiven Erhöhung von Gebühren.

Angesichts eines ausgeglichenen Budgets, erwarteten Mehreinnahmen aus Steuern und Gebühren und einer weiterhin guten Konjunkturlage muss bei einem praktisch gleich bleibenden Aufwand (2008: Fr. 929.3 Mio.; 2007: Fr. 921.4 Mio.) eine Senkung der Einkommenssteuer die logische Folge sein. Ansonsten weist das Budget entweder nicht alle belastenden Faktoren aus oder es bestehen strukturelle Probleme oder es werden trotz sog. Sparpaketen immer neue Ausgaben und ein Leistungsausbau budgetwirksam.

Die Stadt Bern weist zumindest für den Mittelstand und besser Verdienende eine substantiell höhere Steuerbelastung aus als etwa die Stadt Zürich, obwohl letztere ein ungleich viel besseres Angebot bietet als die Stadt Bern und im Kanton Zürich als steuerlich unattraktiv gilt. Ein Rechnungsbeispiel: Familie mit 2 Kindern, steuerbares Einkommen Fr. 80'000.00: Steuern in Bern ca. 16'000.00, in Zürich ca. Fr. 9'500.00. Familie mit 2 Kindern, steuerbares Einkommen Fr. 150'000.00: Steuern in Bern ca. Fr. 39'600.00, in Zürich ca. Fr. 29'000.00. Deshalb vermag es auch nicht zu erstaunen, dass offenbar immer noch mehrere tausend in Bern arbeitende Personen zwar faktisch hier leben aber aus steuerlichen Gründen anderswo angemeldet bleiben.

Die Stadt Bern kann im Standortwettbewerb nur dann ein attraktiver Wohnort sein, wenn sich die Steuerlast einigermaßen auf demselben Niveau bewegt wie in vergleichbaren Zentren.

Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit

1. die Steueranlage für die Stadt Bern ab dem Jahr 2009 vom 1.54-fachen auf das 1.49-fache der für die Staatssteuer geltenden Einheitsansätze gesenkt werden kann;
2. die Steuerbelastung durch die Einkommenssteuern für natürliche Personen in der Stadt Bern mittelfristig, d.h. ab dem Jahr 2012. um mindestens 10 Prozent gesenkt werden kann.

Bern, 29. November 2007

Postulat Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP), Mario Imhof, Christian Wasserfallen, Markus Kiener, Ueli Haudenschild, Dannie Jost, Hans Peter Aeberhard, Ueli Jaisli, Manfred Blaser, Jacqueline Gafner Wasem, Philippe Müller, Edith Leibundgut, Daniel Lerch, Reto Nause, Simon Glauser, Dieter Beyeler, Ernst Stauffer, Peter Bühler

Antwort des Gemeinderats

Trotz des überraschend erfreulichen Jahresabschlusses 2007 und der Ergebnisse des integrierten Aufgaben- und Finanzplans 2009 – 2012 darf nicht vergessen werden, dass die Stadt Bern immer noch einen Bilanzfehlbetrag von 123,4 Mio. Franken aufweist. Es ist deshalb vorrangig, die Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag möglichst rasch vorzunehmen und damit den Schuldenberg abzubauen, um wieder mehr finanzpolitischen Handlungsspielraum zu gewinnen. Bis das Ziel des nachhaltigen Haushaltgleichgewichts erreicht ist, bleibt trotz des guten Ergebnisses 2007 die Fortführung der straffen Haushaltspolitik unerlässlich.

Zu Punkt 1:

Eine Steuersenkung bereits für 2009 von 1.54 auf 1.49 hätte auf die Einnahmeseite die folgende Auswirkung:

Natürliche Personen (Einkommen und Vermögen, ohne Quellensteuern)	rund	8,5 Mio. Franken
Juristische Personen	<u>rund</u>	<u>4,0 Mio. Franken</u>
Total jährliche Einbusse	rund	12,5 Mio. Franken

Hinzu kommt, dass durch die Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes eine allgemeine Entlastung erfolgt, welche den Voranschlag der Stadt 2009 mit 10 Mio. Franken Mindereinnahmen belastet.

Zu Punkt 2:

Bei der Forderung, die Steuerbelastung durch die Einkommenssteuern für natürliche Personen in der Stadt Bern ab dem Jahr 2012 um mindestens 10 Prozent zu senken, muss beachtet werden, dass die Stadt selbst nur einen Drittel der Staats- und Gemeindesteuern erhält:

	Steueranlage aktuell	Anteil am Steuerertrag	Bei Änderung der Steueranlage 2012
Kanton Bern	3,06	66,52 %	3,06 (unverändert)
Stadt Bern	1,54	33,48 %	1,39 (minus ca.10 %)
Zusammen	4,60	100,00 %	4,45 (minus 3,26 %)

Eine Steueranlagesenkung der Stadt um 10 % auf 1,39 bewirkt lediglich eine Reduktion der Staats- und Gemeindesteuern um 3,26 %. Damit die natürlichen Personen tatsächlich um 10 % entlastet würden, müsste die Stadt ihre Steueranlage um 4,6 Zehntel auf 1,08 senken. Dies bedeutete einen Steuerertragsausfall von 115,0 Mio. Franken. Eine Senkung um 1,5 Zehntel auf 1,39 entspräche einem Ausfall von 37,5 Mio. Franken.

Es ist offensichtlich, dass ein derart hoher Steuerertragsausfall auch mit Gegenmassnahmen auf der Ausgabenseite (Aufgabenverzicht) nicht verkraftbar ist. Deshalb lehnt der Gemeinderat Punkt 2 des Postulats ab. Da in den nächsten Jahren in der Stadt Bern der Schuldenabbau im Zentrum stehen wird, lehnt der Gemeinderat auch Punkt 1 ab.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 23. April 2008

Der Gemeinderat